

Antrag 234/I/2019**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Hartz IV abschaffen – für eine solidarische Grundsicherung!**

1 Die SPD soll sich für eine umfassende Reform der Grundsicherung, die das Arbeitslosengeld II ersetzen soll, einsetzen. Diese Reform soll mindestens umfassen:

- 2
- 3
- 4
- 5 1. Individualisierung der Leistungen nach dem SGB II, d. h. Abschaffung der sog. Bedarfsgemeinschaften.
- 6
- 7 2. Abschaffung der Anrechnung von anderen staatlichen Leistungen auf Leistungen nach dem SGB II, die auf Kinder oder Bildung bezogen sind (Kindergeld, Kindergrundsicherung).
- 8
- 9
- 10
- 11 3. Umstellung der JobCenter-Termine auf freiwillige, unterstützende Förderberatung. Entbürokratisierung von Fördermaßnahmen für Kinder.
- 12
- 13
- 14 4. Lockerung der sog. Bedarfsprüfung: Deutliche Anhebung des Schonvermögens. Selbstgenutztes Wohneigentum und private Altersvorsorge werden von der Bedarfsprüfung ausgenommen.
- 15
- 16
- 17
- 18 5. Arbeitszeiten anerkennen: Verlängerung der ALG I-Zeiten nach Erwerbsbiografie auf 3 Jahre.
- 19
- 20 6. Zumutbarkeit auch an der bereits erworbenen Qualifikation ausrichten, Fortbildungen entsprechend orientieren.
- 21
- 22
- 23 7. Abschaffung des Sanktionssystems und Hinwendung zum Prinzip der positiven Verstärkung und Einführung eines garantierten Grundbetrags zu Absicherung der Existenz.
- 24
- 25
- 26
- 27 8. Automatische Anpassung der Kosten der Unterkunft an die Preisentwicklung (Miete, Heizung, Warmwasser, Strom).
- 28
- 29
- 30 9. Anbieten einer realen Alternative zur Arbeitslosigkeit, d. h. Einführung des Solidarischen Grundeinkommens (SGE) für Arbeitslose, die Hartz IV beziehen bzw. mindestens 1 Jahr lang arbeitslos gemeldet sind.
- 31
- 32
- 33
- 34

35

36

37 Begründung

38 Eine kürzlich gestellte Schriftliche Anfrage von Mda Frank
39 Jahnke ergab, dass es seit Einführung des ALG II in Berlin
40 1.600.877 Regelleistungsberechtigte, also Hartz IV-
41 Empfänger, gab. Zum Vergleich: 2005 hatte Berlin ca. 3,4
42 Millionen Einwohner. 2017 waren es 3,6 Millionen.

43

44 Alle Wahlevaluationen machen darauf aufmerksam, dass
45 **insbesondere** Hartz IV keine Anerkennung bei den Betroffenen
46 und potenziell Betroffenen hat – und das sind nicht
47 wenige. Die Bezieherinnen und Bezieher sowie alle potentiell
48 Betroffenen verspüren seit Einführung von Hartz IV
49 den Atem des Obrigkeitsstaates im Nacken.

Empfehlung der Antragskommission: Erledigt bei Annahme 235/I/2019 (Konsens)

50 Im Einzelnen:

- 51 • Familiäre Beziehungen oder Partnerschaften und
52 werden nicht gefördert, sondern durch die sog. »Be-
53 darfsgemeinschaften« und das darin verkörperte
54 Prinzip der Kollektivhaftung vielmehr belastet (1, 2,
55 3)
- 56 • Hartz IV trifft insbesondere Kinder. Hier wird nicht
57 gefördert, sondern frühestmöglich wird damit be-
58 gonnen, Lebenschancen zu beschneiden. Das kon-
59 terkariert das Prinzip der Bildungsgerechtigkeit (2).
- 60 • Kindererziehung ist zweifelsohne eine gesellschaft-
61 lich höchst wertvolle Tätigkeit. Durch die sanktions-
62 bewehrten Vorladungen Alleinerziehender wird sie
63 praktisch entwertet, weil den Jobcentern nur be-
64 zahlte Arbeit um jeden Preis von Bedeutung zu sein
65 scheint (3).
- 66 • Leistungsempfänger nach dem SGB II sind Bürgerin-
67 nen und Bürger, und Arbeitslosigkeit ist kein Quasi-
68 Straftatbestand (1, 3, 4, 5, 7, 8).
- 69 • Individuelle Vorsorge für das Alter wird durch
70 die Hartz IV-Bedarfsprüfung ad absurdum geführt,
71 Lebensleistungen und erworbene Qualifikationen
72 werden nicht anerkannt. Private Vorsorge ist aber
73 gerade bei atypischen/prekären Beschäftigungsfor-
74 men wichtig. Seit Beginn dieses Jahrzehnts arbeiten
75 stabil vierzig Prozent der sozialversicherungspflich-
76 tig Beschäftigten in solchen Beschäftigungsverhält-
77 nissen (4, 5, 6).
- 78 • Kürzungen der Grundsicherung stellen unterm
79 Strich eine Absenkung unter das Existenzminimum
80 dar und sind daher aus sozialdemokratischer Sicht
81 als problematisch zu bewerten. Die Grundsicherung
82 hat sich zudem an den realen Lebenshaltungskosten
83 zu orientieren (7, 8).
- 84 • Die sozialwissenschaftliche Exklusionsforschung
85 weist nicht erst seit gestern darauf hin, dass das
86 wirksamste Mittel gegen Langzeitarbeitslosigkeit
87 die möglichst frühzeitige Intervention ist. Das
88 Solidarische Grundeinkommen kann ein solches
89 Interventionsmittel sein, weil es im Übergang zwi-
90 schen ALG I und ALG II ein reelles Angebot macht.
91 Es sichert doppelte soziale Anerkennung, da es sich
92 erstens um ein selbst erwirtschaftetes Einkommen
93 handelt und es zweitens gesellschaftlich nützliche
94 Tätigkeiten umfassen soll (9).

95
96 Hartz IV ist in der bestehenden Form daher kein zeit-
97 gemäßes Instrument sozialer Sicherheit mehr. Dass die
98 SPD – insbesondere die SPD im Bund – für ihre Unwillig-
99 keit, das Hartz-IV-Bündel wieder aufzuschnüren, nachhal-
100 tig bestraft wird, ist daher kein Wunder. Es ist daher an der
101 Zeit, die groben Ungerechtigkeiten und Widersprüche die-
102 ses Systems zu beseitigen.

103
104 Hartz IV war zudem eine Botschaft an die Bürgerinnen

105 und Bürger, wie der Staat sich sein Verhältnis zu den Bür-
106 gerinnen und Bürgern grundsätzlich vorstellt – nämlich
107 als paternalistisches System. Diese Botschaft atmet jeder
108 Jobcenter-Bescheid.